

Immer noch zuviel

Zentralrat fordert trotz DVU-Schlappe in Sachsen-Anhalt Politik gegen rechts

VON TOBIAS KAUFMANN

Gerhard Frey wird wohl mal wieder zahlen müssen. Der Verleger aus München führt die rechtsextreme DVU nicht nur, sondern stützt sie auch finanziell. Das wird auch nach der Wahlschlappe der Partei in Sachsen-Anhalt nötig sein, denn trotz massiven Werbemittelensatzes ist es ihr am vergangenen Sonntag nicht gelungen, in den Magdeburger Landtag einzuziehen. Rund drei Prozent der Stimmen erreichte das rechts-extreme Bündnis aus DVU, NPD und „freien Nationalisten“ – viel zu wenig, um die geschätzten 1,5 Millionen Euro Wahlkampf-kosten wieder hereinzuholen. Nach Medienberichten kann die Partei nur mit rund 20.000 Euro aus den staatlichen Kassen rechnen. Eine herbe Niederlage, ausgerechnet in dem Bundesland, in dem Frey 1998 seinen größten Erfolg gefeiert hatte. Damals stürmte die DVU mit 12,9 Prozent der Stimmen ins Landesparlament.

Da auch bei den beiden anderen Landtagswahlen am Sonntag in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz rechte Parteien keine große Rolle spielten, herrscht in der großen Politik Erleichterung. Mit den populistischen Themen wie der Arbeitsmarkt-reform Hartz IV scheint den Rechten auch das Reservoir an Protestwählern wieder abhanden gekommen zu sein – mit finanziellen, aber vor allem politischen Folgen. So steht die Führung der NPD, die ohnehin von „freien Kameradschaften“ bedrängt wird, nach der gescheiterten „Volksfront“ auf der Kippe – die NPD hatte zugunsten der DVU auf einen eigenen Wahlkampf

verzichtet. Auch die Frage, ob die DVU, die im brandenburgischen Landtag vertreten ist, überhaupt noch eine politische Zukunft hat, wird wieder auf den Tisch kommen.

Dennoch sehen Experten keinen Grund für Entwarnung. Der Verbreitungsgrad rechtsextremen Gedankenguts läßt sich nur schwer an Wahlergebnissen messen und ist kommunal stark von Personen abhängig – und entsprechend schwer einzuschätzen. Der Zentralrat der Juden in Deutschland sieht „die rechte Gefahr längst nicht gebannt“. Es sei aber das Schlimmste verhindert worden, sagte Generalsekretär Stephan J. Kramer. Immer noch unterstützen aber fast 27.000 Wähler „die menschenverachtende Politik“ der DVU. „Wer glaubt, der Neonazi in Schlips und Kragen ist kein ernstzunehmender politischer Konkurrent, der irrt.“ Es seien zuverlässige Politikkonzepte erforderlich, „um den rechten Spuk nachhaltig zu stoppen“. Auch für die Grünen-Vorsitzende Claudia Roth ist das Thema Rechtsextremismus nicht abgehakt. Drei Prozent für eine offen antisemitische Partei wie die DVU in Sachsen-Anhalt seien immer noch viel zuviel. Es wäre daher völlig falsch, jetzt schon Entwarnung zu geben, sagte Roth. Ähnlich äußerte sich der Vorsitzende des Vereins „Miteinander“ in Sachsen-Anhalt, Hans-Jochen Tschiche: „Daß die DVU an der 5-Prozent-Hürde scheiterte, ist kein Grund zur Entwarnung“. Man dürfe die Entwicklung des Rechtsextremismus in Sachsen-Anhalt nicht unterschätzen. Schließlich zeigt die Erfahrung: Die Neonazis an der Basis halten es ohnehin nicht besonders mit der DVU. (mit dpa)



„MASEL TOW – BIS 120!“

Elijah Inbal zum 70. Zur Feier seines Geburtstags gab der israelische Botschafter Shimon Stein für den Dirigenten des Berliner Sinfonie-Orchesters am Montag einen Empfang in seiner Residenz. Der Musiker wurde 1936 in Jerusalem geboren. ja/Foto: Priske

Eisbrecher in der Wüste

Die Friedens-Expedition „Breaking the Ice“ endete in Ägypten

VON BENJAMIN HAMMER

An der Grenze zu Libyen hat sie die Welt-politik wieder eingeholt. „Israel existiert nicht, dort ist Palästina. Wir lassen keine Besitzer in unser Land“, hieß es aus Kreisen des libyschen Staatschefs al-Gaddafi. Neun Teilnehmer waren am 7. März in Jerusalem zur Friedensexpedition „Breaking the Ice“ aufgebrochen. In einem alten Feuerwehrlaster wollten sie von Israel aus 5.500 Kilometer in die Hauptstadt Libyens fahren und ein Friedenszeichen setzen. Doch nach Tripolis kamen sie nicht. Eigentlich hätte die Mission bis 5. April gedauert. Doch das Team hat sie am Donnerstag auf dem Berg Sinai vorzeitig beendet.

Die Teilnehmer kamen aus Israel, den palästinensischen Autonomiegebieten, Afghanistan, Irak, Iran, der Ukraine und den USA. An der Grenze verweigerte Libyen den Israelis die Einreise. Und ohne die Israelis wollten die anderen Expeditionsmitglieder nicht nach Libyen fahren.

Das Motto der Wüstenreise, die von Berlin aus organisiert wurde, lautete: Wir schaffen das gemeinsam, obwohl wir so verschieden sind. Die Auswahl der Teilnehmer war kein Zufall. Die Israelin Galit Oren etwa verlor ihre Mutter bei einem Selbstmordattentat eines palästinensischen Terroristen. Der New Yorker Feuerwehrmann Daniel Sheridan rettete Menschen aus den Trümmern des World Trade Centers, das am 11. September 2001 von muslimischen Attentätern zerstört wurde. Viele seiner Kollegen kamen dabei ums Leben. Auf der anderen Seite der Palästinenser Mohamad Azzam Alarjah. Sein Cousin wurde bei einer Straßenschlacht von einem israelischen Soldaten erschossen. Man könnte verstehen, wenn diese Menschen nicht mehr an Frieden zwischen der westlichen und der islamischen Welt glauben – trotzdem versuchten sie es.

Doch auch bei „Breaking the Ice“ ließ sich die Realität nicht ausblenden. So setzte sich die Iranerin Neda Sarmast bei der Pressekonferenz in Jerusalem nicht auf Podium. Denn dort saß Israels ehemaliger Premier Schimon Peres. Falls man sie im Iran mit einem israelischen Politiker sehen würde, so ihre Befürchtung, ließe man sie nie wieder in ihr Land zurückkehren.

Trotz Strapazen in der Wüste ziehen die Mitglieder der Expedition eine positive Bilanz: „Viel gelernt“ hat der ehemalige israelische Kampfpilot Gil Fogiel. Er saß zwei Jahre in syrischer Gefangenschaft, ein halbes Jahr in Einzelhaft ohne Tageslicht. Trotzdem sagt er der jüdischen Allgemeinheit: „Ich habe keine Feinde.“ Er habe sich mit den Teilnehmern aus dem Nahen Osten besser verstanden als mit den Amerikanern. „Ich finde, wir sind uns sehr ähnlich.“



Auf Tour: „Breaking the Ice“

Foto: Jens Palme

Unter einem Dach

Gemeinsamer Kongreß: In Sevilla redeten und stritten Rabbiner und Imame

VON ANGELIKA STUCKE

Der Himmel über Sevilla wußte sich nicht recht zu entscheiden. Mal lachte die Sonne, mal zogen Wolken über den Himmel. Ähnlich mag es den 62 Rabbinern und 53 Imamen gegangen sein, die sich nahe der andalusischen Hauptstadt zu ihrem zweiten Weltkongreß für den Frieden versammelt hatten. Aus 23 Ländern waren die Vertreter der beiden großen Religionen angereist, um vom 19. bis zum 22. März in San Juan de Aznalfarache mit Religionswissenschaftlern und Terrorismusexperten nach Wegen zum Frieden zu suchen.

Die Teilnehmer des Kongresses, der von der Schweizer Organisation Hommes de Parole (Männer des Wortes) einberufen wurde, wollten sich mit der Bedeutung von Bildung und Wissen beim Abbau von Vorurteilen zwischen Juden und Muslimen beschäftigen. Doch schon am ersten Arbeitstag der Delegationen kam es zu einem Eklat. Lautstarke Meinungsverschiedenheiten vor allem zum leidigen Karikaturenhema hatten den Ausschlag gegeben. Der Großmufti Marseilles hatte in einer Arbeitsgruppe manche der Reaktionen auf die Veröffentlichung der dänischen Mohammed-Karikaturen als übertrieben bezeichnet, was einigen der Anwesenden nicht gefiel. Auch in einer Kaffeepause gab es hitzige Diskussionen, als der kalifornische



Auf Augenhöhe: Rabbiner Chaim Z. Roszowski im Gespräch mit einem islamischen Würdenträger

Foto: dpa

Professor für jüdische und muslimische Begegnungen Stuart Altschuler mit dem Imam des Gasastreifens, Imad Al Falouji, über die Besetzung der palästinensischen Autonomiegebiete stritt. Al Falouji sagte, er erwarte ohnehin nichts Gutes von dem Kongreß und verglich die Politik Israels mit dem Terror von Osama bin Laden. „Ich bin gegen beide“, erklärte Al Falouji. Glücklicherweise erinnerte sich der Imam gerade noch rechtzeitig an seine Eröffnungsrede vom Vorabend, in der er beide Seiten zu Frieden, Gewaltverzicht und Dialog aufgerufen hatte.

„Besonders in Fragen der israelischen Politik und im Zusammenhang mit dem jüdischen Anspruch auf heilige Stätten in Israel kam es zu heftigen Kontroversen“, bestätigt auch der Berliner Kongreßteilnehmer Rabbiner Chaim Z. Roszowski. „Aber das entscheidende ist doch, daß wir über alle Meinungsverschiedenheiten hinweg überhaupt im Kontakt sind.“ Israels Oberrabbiner Jona Metzger hatte in seiner Er-

öffnungsrede dann auch die Gemeinsamkeiten zwischen beiden Gemeinschaften unterstrichen: „Wir müssen Juden wie Muslimen zeigen, daß wir keine Feinde sind.“

In Andalusien, einer Region, die vor mehr als fünfhundert Jahren Schauplatz eines Miteinanders von Muslimen, Christen und Juden gewesen war, versuchten die Rabbiner und Imame vier Tage lang, es ihren Vorfahren gleichzutun. Sie arbeiteten nicht nur zusammen, sie nahmen auch ihre Mahlzeiten gemeinsam ein und schliefen alle unter einem Dach. Das förderte zwar kleine Reibereien, aber auch den Dialog.

Am Abschlußabend einigte man sich auf eine Erklärung, in der die Teilnehmer vor allem Gemeinsamkeiten ihrer Religionen heraus hoben: den Glauben an einen einzigen, gerechten und gnädigen Allmächtigen, oder die Tatsache, daß jede Gewalt die größte Beleidigung gegen den heiligen Namen des Schöpfers bedeutet.

Lösungsmöglichkeiten für den Konflikt zwischen Muslimen und Juden sehen die Imame und Rabbiner in der Erziehung. Sie versicherten, den Glauben und die Traditionen beider Weltreligionen in ihren jeweiligen Gemeinden zu vermitteln. Das klingt nach dem kleinsten gemeinsamen Nenner. „Aber immerhin ist das eine gemeinsame Absicht“, betont Rabbiner Roszowski, „und aus der muß jetzt nach dem Weltkongreß auf lokaler Ebene Realität werden.“

kurz notiert

Gemeinsam gegen Extremisten
Der European Jewish Congress in Paris hat beschlossen, ein Zentrum zur Erforschung der Ursachen von Antisemitismus und Islamophobie zu gründen. Der Zentralrat der Juden in Deutschland begrüßte dies. Generalsekretär Stephan J. Kramer sagte, man sei mit der bisherigen Form der Datensammlung über Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus jedoch unzufrieden gewesen. Die Ergebnisse gingen „an dem vorbei, was in der Realität passiert“. Kramer sprach sich in einem Radiointerview zudem für eine stärkere Zusammenarbeit von Juden und Muslimen bei der Bekämpfung von Extremismus aus. dpa/ja

Haft für Synagogen-Attentäter
Der Moskauer Synagogen-Attentäter ist zu 13 Jahren Haft verurteilt worden. Er habe sich des versuchten Mordes an mehreren Personen aus rassistischen Motiven schuldig gemacht, urteilten die Richter am Montag. Der 20-jährige Mann war am 11. Januar in eine Moskauer Synagoge eingedrungen und hatte neun Menschen mit Messertischen verletzt. Die Verteidigung kündigte Berufung gegen das Urteil an. Im Prozeß hatte sich der Täter als Antisemit zu erkennen gegeben. „Das Strafgesetzbuch ist von Juden und der jüdischen Mafia geschrieben worden, deshalb bekenne ich mich nicht für schuldig“, sagte er in einer Verhandlung. dpa

Lob für jüdische Gemeinden
Nordrhein-Westfalens Integrationsminister Armin Laschet (CDU) hat die Integrationsleistung der jüdischen Gemeinden gelobt. Seit Beginn der 90er Jahre könnten jüdische Zuwanderer gezielt nach Deutschland einwandern, sagte Laschet bei einem Besuch in der Synagogen-Gemeinde Köln. „Dabei haben die jüdischen Gemeinden eine großartige Unterstützung bei der Integration ihrer neu zugewanderten Gemeindeglieder geleistet.“ Durch die Zuwanderung sei auch wieder das jüdische Gemeindeleben in Deutschland aufgeblüht. „Dies gehört in Deutschland und natürlich auch in Köln zur gemeinsamen kulturellen und religiösen Tradition.“ dpa

Rakete tötet zwei Beduinen
Zwei israelische Beduinen sind am Dienstag in der Nähe des Gasastreifens von einer Kassam-Rakete getötet worden. Das berichtete der israelische Rundfunk. Der Vorfall ereignete sich den Angaben zufolge in der Nähe der Ortschaft Nachal Oz. Laut Medienberichten ergab eine Untersuchung der israelischen Armee, daß der Schächer und dessen 16-jähriger Sohn durch die Explosion einer Rakete ums Leben gekommen waren, die bereits vor drei Tagen abgefeuert worden war, aber nicht vollständig gezündet hatte. Die Zahl der Raketenangriffe ist seit dem Abzug der israelischen Truppen aus dem Gasstreifen stark gestiegen. dpa

Keine Entschädigung
Wer aktiv die Gewaltherrschaft gefördert hat, kann keine Entschädigung nach dem Bundesentschädigungsgesetz beanspruchen, auch wenn er später Widerstand gegen das NS-Regime geleistet hat. Mit dieser Entscheidung wies der Bundesgerichtshof die Entschädigungsklage der Witwe eines Verfolgten ab. Der Ehemann war 1931 Mitglied der NSDAP geworden und hatte an dem Aufbau der Partei mitgewirkt. Nach dem Ausschluß aus der Partei war er 1935 wegen abfälliger Äußerungen über das NS-Regime zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden. „ALLGEMEINE WOCHENZEITUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND“, 31. DEZEMBER 1954

» VOR 50 JAHREN «